

Die Kombination von Bürgerräten mit direkter Demokratie – unrealistisch und ineffizient?

Lars Holtkamp und Frederik Müller

Zusammenfassung

Bürgerräte werden vermehrt in Deutschland eingesetzt, wobei sich als Hauptproblem zeigt, dass die Beteiligungsergebnisse kaum umgesetzt werden, was die ohnehin verbreitete Politikerverdrossenheit der Bürger noch weiter forcieren könnte. Als Lösung für diese Umsetzungsprobleme wird in der Wissenschaft vorgeschlagen, Bürgerräte mit Bürgerentscheiden zu kombinieren. Abgesehen davon, dass dies für die Städte, gerade in der aktuellen kommunalen Haushaltskrise, sehr teuer wird, ist damit zu rechnen, dass viele Empfehlungen von Bürgerräten im Bürgerentscheid – aufgrund starker Status-quo-Orientierung der Bürger – scheitern werden. Effizienter könnte ein Partizipationsmanagement von Politik und Verwaltung sein, das die Bürgerräte stärker mit den kommunalen Entscheidungsträgern verbindet, damit diese sich auch stärker mit den Beteiligungsergebnissen identifizieren können.

Bürgerräte¹ stehen hoch im Kurs. In vielen Teilen Deutschlands ‚reiten‘ nun Politiker und Verwaltungen die „deliberative Welle“ (Roth 2020: 1). Auch international sind Bürgerräte auf dem Wachstumspfad mit einem deutlichen Schwerpunkt auf den Kommunen. Aber Deutschland ist in Bezug auf die Häufigkeit weiterhin der „Weltmeister der losbasierten Beteiligung“ (Bürgerrat.de 2024: o. S.).

Die Erwartungen an Bürgerräte, deren Teilnehmer durch Zufallsauswahl bestimmt werden, sind in der Wissenschaft nicht gerade klein: Sie könnten politisch weniger Interessierte an die traditionellen Institutionen heranführen und „zur Milderung gesellschaftlicher Polarisierung“ (Merkel et al. 2021: 10) beitragen, wobei das nur dann möglich sein sollte, wenn jeder Bürger im Leben mindestens einmal für einen Bürgerrat „gezogen“ (ebd.: 29) wird. Das größte Problem der Bürgerräte wird derzeit in der (mangelnden) Umsetzung von Beteiligungsergebnissen gesehen, die demokratische Innovationen „nachhaltig diskreditieren“ (Merkel et al. 2021: 16) könnte.



Prof. Dr. Lars Holtkamp

Professor für Politik und Verwaltung am Institut für Politikwissenschaft an der FernUniversität in Hagen



Frederik Müller, M. A.

Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft an der FernUniversität in Hagen